



Bild: Jonathan Spirig/Bernerzeitung.ch

Bürgerliche Politiker symbolisch an die Vertreter grosser Schweizer Unternehmen versteigert: David Roth, Präsident der Juso Schweiz, am 21. September in Bern.

Herr Lustig will ins Parlament

Mit dem eidgenössischen Wahlkampf 2011 hat sich die Spassgesellschaft endgültig in der Politik etabliert. Der humorige Stimmenfang steht in voller Blüte, das Augenzwinkern wird zum politischen Markenzeichen.

Wie lange kann das gutgehen? Von Christian Kamm

Die Kandidatin fragt ihren Hund im YouTube-Filmchen: «Gell, du würdest auch CVP wählen.» Worauf sein Fell schlagartig die Parteifarbe Orange annimmt. Eine Berner SP-Kandidatin setzt auf eine Parodie des Nespresso-TV-Spots: «Nadine Masshardt, what else.» Im Kanton Schwyz provoziert eine Möchtegern-Nationalrätin der SVP mit einem amtlich anmutenden Flyer, der jedem Haushalt seinen Ausländer in Aussicht stellt. Die Juso versteigern bürgerliche Politiker als Pappkameraden. Der FDP-Nationalrat bietet mit «Talking Felix» ein eigenes Smartphone-App an. Und die Junge CVP versucht, mit dem Konterfei von Gadhafi politisch zu punkten. – Er treibt skurrile, oft auch unfreiwillig komische Blüten, dieser Wahlkampf. Bevor wir uns zu Tode amüsieren, sei die Frage erlaubt: Hört denn der Spass gar nicht mehr auf?

Hauptsache originell

Kreativ, ideenreich und überraschend: Das ist das Positive, was

sich über den vergleichsweise amüsanten Wahlkampf Ausgabe 2011 sagen lässt. Und ebenso über die Internet-erprobten Techniken, mit der unsere Schmunzelorgane nun schon seit längerem traktiert werden. Da wird frisch drauflosironisiert, frech kolportiert und schamlos kopiert – immer mit einem Augenzwinkern, immer zu einem Spässchen aufgelegt und vor allem am Effekt interessiert. Hauptsache originell und anders als die anderen. Der Selbstinszenierung mit Hilfe der aus Internetforen und Blogs entlehnten Kommunikationsformen sind fast keine Grenzen mehr gesetzt – leider auch keine in Sachen Peinlichkeit.

Spätestens hier beginnt das Problem mit dem in fast jeder Be-

ziehung hemmungslosen Politmarketing. Sicher: Dass Ideen und Kreativität mit einem grossen Budget konkurrieren wollen, wirkt auf den ersten Blick sympathisch. Einfälle schlagen Moneten – oder anders gesagt: Wo die Budgets klein sind, sind halt grosse und originelle Ideen gefragt.

Die Pointe als Botschaft

Doch der grassierende politische Sauglätismus und die Facebookisierung des Wahlkampfs haben auch gravierende Nachteile. Der erste lautet: Wo bleibt bei dieser Art des Stimmenfangs eigentlich der Inhalt? Bestenfalls wird die Pointe zur Botschaft. Eklatante Abnützungerscheinungen inbegriffen. Denn Originalität um jeden Preis ist auf Dauer keineswegs

mehr originell, sondern eher ermüdend. Und sie nährt gleichzeitig den Verdacht, dass man gar keine Substanz zu bieten hat. Witz, Provokation, Tabubruch und schreiende Selbstinszenierung werden so zum buchstäblich allerletzten Aufgebot im Kampf um die Aufmerksamkeit. Herr Lustig will in den Nationalrat – es darf gelacht werden.

Alle gut gemeinten Versuche der Auflockerung in Ehren: Wertet das heute herrschende Mass an Selbstironisierung nicht die Politik selber ab? Wenn ein Kandidat beispielsweise mit einem Megaphon auf einem Plakat posiert und ein anderer einen Losverkauf in Betracht zieht, um seine Wahlkampfkasse aufzupolieren – wer soll die Politik noch ernst neh-

men, wenn sie das selber nicht mehr tut? Hier müsste einem eigentlich das Lachen im Hals stecken bleiben.

Noch immer nämlich gilt: Die Schweiz wird nicht mit Augenzwinkern regiert. Es geht um handfeste Interessen, nicht um die besten Sprüche. Wer mit seichten Scherzen auf Stimmenfang geht, offenbart vor diesem Hintergrund nicht nur, dass er für dieses knallharte Geschäft denkbar ungeeignet ist. Er leistet zugleich auch einer Verniedlichung der Politik Vorschub, die völlig an der Realität vorbeigt.

Schmunzeln über allem

Jeder Trend geht an seiner Übertreibung zugrunde. Wir dürfen also hoffen, dass das auch im Fall der entfesselten Schmunzelpolitik nicht anders sein wird. Wenn alle dereinst nur noch sauglatt sein wollen, dann fällt plötzlich wieder positiv auf, wer noch ernst genommen werden will. Eine Renaissance der Inhalte, das wär schon was.

Perler erhält bezahlten Urlaub

BERN. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat mit Michael Perler, der letzte Woche die Leitung der Bundeskriminalpolizei seinem Stellvertreter übertragen musste, eine Vereinbarung getroffen: Perler bezieht bis auf weiteres bezahlten Urlaub. Dies teilte EJPD-Sprecher Guido Balmer mit. Der bezahlte Urlaub dauert so lange, bis das von Perler angerufene Bundesgericht seinen Entscheid vorgelegt hat – längstens bis zum 31. Oktober 2012. Perler musste sein Amt abtreten, weil das Bundesverwaltungsgericht ihn als Sicherheitsrisiko einstufte. Perler hatte seine damalige russische Partnerin auf eine berufliche Reise nach Russland mitgenommen. Er hat den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts ans Bundesgericht weitergezogen. (sda)

JOURNAL

Indische Präsidentin schliesst Staatsbesuch ab

Die indische Präsidentin Pratibha Patil hat ihren Staatsbesuch gestern mit einem Besuch der Universität Lausanne und einer Schifffahrt auf dem Genfersee abgeschlossen. Zuvor trafen sich Patil und Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey mit Wirtschaftsvertretern. Patil, die in Begleitung einer 45köpfigen Wirtschaftsdelegation in die Schweiz gekommen war, betonte bei der Gelegenheit, Ziel ihres Besuchs sei es namentlich gewesen, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren.

Immer mehr Drohungen gegen Gemeindepolitiker

Der Gemeindeamann von Spreitenbach AG tritt nach Drohungen gegen seine Familie zurück. Die Gemeindeamannervereinigung des Kantons Aargau ist beunruhigt und sieht Drohungen, Schmähbriefe und Verunglimpfungen gegen Gemeindepolitiker als zunehmendes Problem.

Sexualkunde soll nicht obligatorisch werden

Die Petition «gegen die Sexualisierung der Volksschule» ist gestern der Erziehungsdirektorenkonferenz übergeben worden. Laut Komitee sind 91816 Unterschriften zusammengekommen. Hinter der Petition stehen Politikerinnen und Politiker aus CVP, FDP, SVP, EVP und EDU sowie eine Reihe von Organisationen und Lehrpersonen. Sie wehren sich gegen ein Obligatorium für Sexualkunde an der Volksschule, das im Lehrplan 21 vorgesehen ist.

Berset nimmt Anlauf für den Bundesrat

In sechs Monaten wird Alain Berset 40 Jahre alt. Bis dann wäre er gerne Bundesrat: Gestern gab der Freiburger Ständerat als zweiter offiziell seine Kandidatur bekannt. In der SP gilt er als Favorit. Trotzdem warten einige Fallstricke.

DENISE LACHAT

FREIBURG. Alain Berset kennt sich aus mit Bundesratswahlen: 2002 war er Wahlkampfleiter der Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthi, die schliesslich gegen die Genferin Micheline Calmy-Rey unterlag. Lüthi wurde ihre Deutschschweizer Herkunft zum Verhängnis. «Ich aber bin französischer Muttersprache und träume auch auf französisch», sagte Berset gestern in Freiburg bei der Bekanntgabe seiner Bundesratskandidatur.

Das Träumen auf Deutsch war dem Deutschfreiburger CVP-Ständerat Urs Schwaller angekreidet worden. Mindestens so schwer aber wog Schwalls Rolle bei der Abwahl von Christoph Blocher. Dieser Fallstrick erwartet auch den Welschfreiburger Ber-

set: Die SVP hat nicht vergessen, dass der Vizepräsident der SP-Fraktion einer der Strippenzieher bei der Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf war. Im Wissen um die Rachegelüste der SVP spielt Berset seine Rolle bei der Blocher-Abwahl herunter. Bei der SP habe eine Arbeitsgruppe die Bundesratswahl vorbereitet. «Ich war nur einer von sieben.»

Ausweichende Antworten

Umso nachdrücklicher betont Berset, er stehe zur Konkordanz – obwohl er in seinem mit SP-Chef Christian Levrat verfassten Buch «Changer d'ère» Reformen verlangt. Es sei ihm damals um inhaltliche Allianzen gegangen, rechtfertigt sich Berset, er habe keine neue Zusammensetzung der Regierung verlangt. Konkret

wird er bei Fragen zur arithmetischen Konkordanz und dem Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratsitz nicht: Die Vorbereitung der Bundesratswahl obliege der Arbeitsgruppe der SP – und aus dieser ziehe er sich mit sofortiger Wirkung zurück.

Tessiner Verwandtschaft

Möglichst nicht anecken will der ehemalige Mittelstreckenläufer auch bei den Fragen zur Vertretung der Regionen im Bundesrat. Natürlich habe das Tessin das Recht zu kandidieren, sagt Berset mit Blick auf eine mögliche Kandidatur von Nationalrätin Marina Carobbio – und wirbt mit dem Hinweis auf seine grosse Verwandtschaft im Tessin um Sympathien. An die Waadtländer wiederum richtet er sich mit dem

Hinweis auf die enge Nachbarschaft; sein Elternhaus sei bloss zwei Minuten von der Kantons-grenze entfernt. «Wäre ich einen Kilometer weiter weg geboren, stünde ich heute als Waadtländer da.» Ohnehin aber wäre er als Bundesrat zuerst Schweizer, dann Romand und erst dann Freiburger. «Die Region soll nicht das ent-

scheidende Kriterium sein.» Tatsächlich aber kämen bei einer Wahl von Berset vier von sieben Bundesräten aus dem Mittelland, der «Arc lémanique» hingegen ginge leer aus. Aller Voraussicht nach wird der Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard seinerseits eine Kandidatur ankündigen. Er gilt neben Berset SP-intern als Spitzenkandidat.

Ständerat mit 31 Jahren

Berset hat nach vier Jahren im kantonalen Verfassungsrat sowie im Gemeinderat seines Wohnorts Belfaux als 31-Jähriger direkt den Sprung in den Ständerat geschafft. Dort hat sich der Vollzeitpolitiker als Fachmann für Finanz- und Wirtschaftsfragen einen Namen gemacht; 2009 glückte ihm die Wahl ins Präsidium.



Alain Berset

Bild: ky/Marcel Bieri

Anzeige



Easy mieten!

Schimmel, das klassische Qualitätsklavier aus Deutschland. Monatsmiete CHF 125.-

Musik Hug

Zürich, Basel, Luzern, St. Gallen, Lausanne